

Kommunalpolitik / Rat & Verwaltung

Rat ö 25.09.2012

Verzicht auf die Ausschreibung der Stelle des Vorstandes für Städtebau, Umwelt, Feuerwehr und Ordnung; Wiederwahl des Vorstandes für Städtebau, Umwelt, Feuerwehr und Ordnung – Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe UWG-PIRATEN, Fraktion DIE LINKE (TOP 3.1)

Beratungsverlauf:

Herr Oberbürgermeister Pistorius begründet unter Bezugnahme auf die schriftliche Vorlage den Vorschlag, auf die Ausschreibung der Stelle von Herrn Griesert zu verzichten und schlägt ihn zur Wiederwahl vor. Er verweist auf die hervorragende Arbeit, die Herr Griesert in den zurückliegenden annähernd acht Jahren geleistet habe. Er konzediert, dass er vor einigen Jahren im Falle einer anstehenden Wiederbesetzung dargelegt habe, dass er als Grundsatz die Ausschreibung für den richtigen Weg halte. Hiervon sei er grundsätzlich unverändert überzeugt. Ein Ausnahmefall sei derzeit im Hinblick auf die Großprojekte für ihn gegeben, die in den vergangenen sechs bis acht Jahren im Vorstandsbereich von Herrn Griesert zu bewältigen gewesen und die noch nicht abgeschlossen seien. Beispielhaft nennt er die Themen Entwicklung des Neumarktes, Entlastungsstraße West, den Masterplan 100 % Klimaschutz, die Umsetzung des Rinke Gutachtens und nicht zuletzt das Thema Konversion. In allen genannten Fragen sei fachliche Kontinuität erforderlich, die durch einen auswärtigen Bewerber nicht ohne weiteres herzustellen sei, wohingegen diese durch Herrn Griesert gewährleistet wäre. Er hebt hervor, dass die fachliche Kompetenz auch ausschlaggebend sei für eine Kontinuität in der Verwaltungsführung, deren Arbeit durch einen gleichzeitigen weiteren Personalwechsel ebenfalls im Umbruch sei. Sofern Herr Griesert auf eine Bewerbung verzichten werde, müssten sich im Sommer kommenden Jahres zwei neue Dezernenten einarbeiten. Diese Situation trete in einer Phase ein, in der gewaltige Aufgaben zu bewältigen seien. Die geschilderte Situation sei insofern unter völlig anderen Rahmenbedingungen zu sehen als die zurückliegende Entscheidung für eine Neuausschreibung der Stelle eines Vorstandes. Persönliche Betrachtungen spielten hierbei keinerlei Rolle.

Als weiteren Grund für den Vorschlag auf Wiederwahl von Herrn Griesert verweist er auf die außerordentlich gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im gesamten Vorstandskollegium. Er hebt hervor, dass diese gute Zusammenarbeit von hohem Wert für die Handlungsfähigkeit der Verwaltungsspitze sei.

Da Herr Griesert die Zusage, seine Wiederwahl vorzuschlagen, von ihm bereits vor mehr als einem halben Jahr gegeben wurde, habe er allen an dem Prozess Beteiligten frühzeitig signalisiert, dass er eine Fortsetzung der Zusammenarbeit wolle. Insofern halte er diesen Vorschlag trotz des vorliegenden Änderungsantrages, eine Ausschreibung durchzuführen, aufrecht. Trotz des Festhaltens an dem Grundsatz, Vorstandspositionen auszuschreiben, sofern dies sinnvoll sei, appelliere er an den Rat, in Anbetracht der bestehenden Ausnahmesituation, und um die Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten, seinem Antrag zuzustimmen.

Herr Dr. E. h. Brickwedde macht namens der CDU-Fraktion deutlich, dass den Argumenten des Oberbürgermeisters zugestimmt werde. Er erinnert daran, dass Herr Griesert vor 7 ½ Jahren mit überwältigender Mehrheit bei nur vier Enthaltungen gewählt wurde. Er zitiert die Einschätzung des seinerzeitigen Oberbürgermeisters Hans-Jürgen Fip, der Herrn Griesert das Vertrauen des Rates ausgesprochen und seine umfassenden Kompetenzen hervorgehoben habe. Nach Auffassung der CDU-Fraktion habe sich die seinerzeitige positive Einschätzung bestätigt. Er hebt hervor, dass Herr Griesert die Aufgaben mehrerer Dezernenten übernommen habe, und erläutert die Einzelheiten seiner fachlichen Kompetenz; er skizziert die Stationen seines beruflichen Werdeganges. Hieran werde

deutlich, dass seinerzeit keine politische Besetzung stattgefunden habe, sondern dass es sich um eine fachliche Entscheidung ohne Gegenstimme aus dem Rat gehandelt habe. Er erläutert die zahlreichen Aufgabenfelder und die Wahrnehmung auch überregionaler Ämter durch Herrn Griesert. Er hebt die Arbeitserfolge von Herrn Griesert bei der Entwicklung der Innenstadt, bei der Ausweisung von Wohngrundstücken, Entwicklung von Konzepten, der Förderung des Umweltschutzgedankens durch zahlreiche Maßnahmen und bei dem Ausbau des Hochwasserschutzes hervor. Hierbei habe er, wie z. B. bei der Ausweisung der Umweltzone, nicht immer im Einklang mit der CDU-Fraktion gestanden.

Er legt dar, dass die Gefahr bestehe, dass, sofern dem Beschlussvorschlag des Oberbürgermeisters nicht gefolgt werde, Herr Griesert sich nicht auf die Stelle des Stadtbaurates bewerbe, und erläutert die finanziellen Folgen für die Stadt Osnabrück, wobei parallel hierzu die derzeitigen Vorgänge um die Besetzung der Position des Finanzvorstandes zu sehen seien. Er fordert die anderen Ratsfraktionen dazu auf, ihr weiteres Vorgehen gut zu überlegen und die Gefahr der Entstehung von Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zu vermeiden.

Herr Hagedorn legt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar, dass die Ausschreibung einer Vorstandsposition nach Ablauf der achtjährigen Amtszeit die gesetzlich vorgeschriebene Regel und keinesfalls die Ausnahme darstelle. Er verweist auf den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe UWG/PIRATEN sowie der Fraktion Die Linke, die dafür plädieren, die Stelle des Stadtbaurates öffentlich auszuschreiben. Bisherige Amtsinhaber seien selbstverständlich aufgerufen, sich ebenfalls zu bewerben, was natürlich auch für Herrn Griesert gelte.

Herr Oberbürgermeister Pistorius verweist er in seiner Argumentation auf seine eigenen Angaben im Dezember 2007, als Herr Pistorius ausweislich des Ratsprotokolls die Auffassung vertreten habe, dass Dezernentenstellen prinzipiell auszuschreiben seien. Er hält der Darstellung von Herrn Pistorius über bevorstehende außerordentliche Aufgabenstellungen entgegen, dass dieser Zustand in einer Stadt der Größenordnung Osnabrücks ständig vorherrsche. Der vorliegende Änderungsvorschlag ziele lediglich darauf ab, der Intention des Gesetzgebers Geltung zu verschaffen, wonach stets das Besten-Prinzip zur Anwendung kommen solle.

Er weist die in der Zeitung angestellten Vermutungen als falsch zurück, wonach es eine Vereinbarung gebe, die Stelle des Stadtbaurates öffentlich auszuschreiben.

Herr Dr. Thiele äußert namens der FDP-Fraktion seine Enttäuschung über die Behandlung der Angelegenheit in der heutigen Ratssitzung. Er sieht hierin eine Beschädigung des Stadtbaurates Griesert und bedauert dies. Die vorgetragenen Argumente bezeichnet er als vordergründig. Insbesondere die von Herrn Oberbürgermeister Pistorius vorgetragenen Argumente weist er zurück. Er zitiert frühere Aussagen von Herrn Pistorius, in denen dieser die Auffassung vertreten habe, dass nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung Dezernentenstellen prinzipiell auszuschreiben seien und seine Darlegungen, wonach dem Oberbürgermeister die Personalauswahl obliege, der der Rat dann zuzustimmen habe, wie dies im gerade zurückliegenden Fall des Finanzvorstandes ebenfalls gewesen sei. Der Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters werde seitens der FDP-Fraktion nicht mitgetragen; vielmehr werde die FDP-Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen. Allerdings schlage er vor, ein anderes als das bisherige Beratungsinstitut einzuschalten. Abschließend legt er dar, dass die FDP-Fraktion im Interesse von Herrn Griesert ein anderes Vorgehen begrüßt hätte.

Herr Henning erläutert das demokratische Prinzip des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, wonach die Stellen von Wahlbeamten auf Zeit alle acht Jahre auszuschreiben seien. Insofern spricht er sich für die Annahme des

Änderungsantrages aus.

Zu den Ausführungen von Herrn Dr. E. h. Brickwedde merkt er an, dass bei aller Wertschätzung der Erfolge der Arbeit von Herrn Griesert darauf hinzuweisen sei, dass der Rat die Richtlinien für die Arbeit der Verwaltung vorgebe und insofern die Arbeitserfolge der zurückliegenden Zeit als Ergebnis der Partnerschaft zwischen Rat und Verwaltung zu sehen seien.

Herr Mierke äußert sich namens der Gruppe UWG/Piraten überrascht über den Zeitpunkt der Einbringung der Verwaltungsvorlage. Er fordert, dass das Auswahlverfahren eines neuen Vorstandes nach dem Besten-Prinzip demokratischen Grundsätzen zu folgen habe. Das bisherige Ausscheiden von Dezernenten unter Zahlung von Versorgungsbezügen stelle für ihn kein Argument gegen eine neue Ausschreibung der Stelle dar. Es werde die Auffassung vertreten, dass grundsätzlich eine Ausschreibung von Dezernentenstellen wie auch Fachbereichsleiterstellen zu erfolgen habe.

Frau Pötter weist mit Nachdruck die Argumentation der Redner der anderen Fraktionen zurück. Insbesondere widerspricht sie Herrn Hagedorn in seiner Darstellung, dass es sich bei dem Verzicht auf eine Ausschreibung um einen Regelausnahmefall handele. Sie vermutet in dem gewählten Vorgehen parteitaktische Hintergründe. Sie fordert, ggf. Verbesserungspotenziale der Arbeit von Herrn Griesert aufzuzeigen. Sie sieht kein Stadtinteresse für die Ausschreibung der Vorstandsposition und verweist auf die hohen Kosten, die der Stadt Osnabrück entstehen, sofern Herr Griesert sich nicht bewerbe. Nachdrücklich lehnt sie für die CDU-Fraktion eine Zustimmung zu dem Änderungsantrag ab.

Frau Brandes-Steggewentz macht für die Fraktion Die Linke deutlich, dass Bürgerverdrossenheit häufig daraus entstehe, Entscheidungsprozesse nicht transparent seien. Insofern spricht sie sich für eine Ausschreibung aus, in der dann jeder Bewerber seine Chance wahrnehmen könne. Im Sinne der von Herrn Oberbürgermeister Pistorius geschilderten bisherigen Zuverlässigkeit der Arbeit im Team und der bestehenden Vertrauenssituation bittet sie Herrn Griesert nachdrücklich, sich der bevorstehenden Herausforderung des Bewerbungsverfahrens zu stellen.

Herr Jens Meier macht deutlich, dass es sich bei dem vorliegenden Änderungsantrag keinesfalls um einen Abwahlenantrag handele, sondern lediglich die Ausschreibung der Stelle Inhalt der Antragstellung sei.

Frau Pötter verweist er darauf, dass nach wie vor dem Oberbürgermeister das Vorschlagsrecht für die Besetzung des Vorstandes obliege und keiner der angesprochenen Fraktionen von SPD oder Grünen. Zu der Frage der Versorgungsansprüche verweist er auf die Zuständigkeit des Gesetzgebers und darauf, dass nach dem Gesetz den Amtsinhabern Sicherheit für acht Jahre gewährleistet sei. Demgegenüber stehe das Recht des Rates gegenüber, von seinem Anspruch auf Ausschreibung Gebrauch zu machen. Er persönlich befürworte ausdrücklich die Bewerbung von Herrn Griesert, da bekanntermaßen wichtige Projekte fortzuführen seien. Abschließend hebt er die Bedeutung der Ausschreibung als Regelfall hervor.

Herr Hagedorn weist die Ausführungen von Frau Pötter mit Nachdruck zurück und hebt hervor, dass das angestrebte Verfahren einen normalen Vorgang darstelle, der Chancengleichheit für alle Bewerber herstellen solle. Er zieht Vergleiche zu anderen Städten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius bedauert die entstandene Unsachlichkeit der Debatte und weist gegenseitige Unterstellungen zurück. Er weist die Kritik von Herrn Dr. Thiele an seinem Beschlussvorschlag nachdrücklich zurück und legt dar, dass er die Angelegenheit zu jedem

Zeitpunkt offen behandelt habe und bei Stellenbesetzungen innerhalb der Stadtverwaltung für ihn ausschließlich Fachlichkeit zähle. Zur Kritik am Zeitpunkt der Vorlage verweist er auf entsprechende gesetzliche Vorgaben.

Die Forderung von Herrn Dr. Thiele nach Einschaltung eines anderen Beratungsunternehmens bezeichnet er insofern als problematisch, als hierdurch ein Vorwurf für Vorgänge hervorgerufen werde, die im Zusammenhang mit der Stellenbesetzung Finanzvorstand zum Zeitpunkt des Auswahlverfahrens nicht bekannt sein konnten. Er merkt an, dass die Entwicklung der jetzigen Situation weder von dem Beratungsinstitut noch von ihm oder den Ratsmitgliedern zu vertreten sei.

Er erklärt seine Sorge um die Zusammenarbeit in der Verwaltungsführung in den kommenden Monaten.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt sodann die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe UWG/Piraten und Fraktion Die Linke wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

~~Von einer Ausschreibung der Stelle des Stadtrates für Städtebau, Umwelt, Feuerwehr und Ordnung wird abgesehen, da der bisherige Stelleninhaber wiedergewählt werden soll. Herr Stadtrat Wolfgang Griesert wird mit Wirkung vom 1. Juni 2012 für die Dauer von 8 Jahren erneut als Beamter auf Zeit gewählt und zum Stadtrat ernannt. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters beauftragt der Rat Herrn Stadtrat Wolfgang Griesert mit der allgemeinen Stellvertretung des Oberbürgermeisters.~~

Die Stelle des Stadtrates für Städtebau, Umwelt, Feuerwehr und Ordnung wird öffentlich ausgeschrieben. Das Auswahlverfahren wird von einem professionellen Beratungsunternehmen begleitet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **angenommen**

mit Ja- Stimmen 29 (SPD-Fraktion/Fraktion B'90/Die Grünen/ Gruppe UWG/Piraten, FDP-Fraktion, Frau Brandes-Steggewentz)

Nein- Stimmen 16 (CDU-Fraktion und Oberbürgermeister)

Enthaltungen 0